

den Menschheit, insbesondere der Völker und Nationen, die unter den brutalen und blutigen Auswirkungen des Faschismus gelitten und viele Opfer zu beklagen hatten. Durch internationale Abkommen wurden die Voraussetzungen für die Verurteilung von Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen geschaffen und das bestehende Völkerrecht auf diesem Gebiet weiterentwickelt. Vor allem ist hierbei die Moskauer Erklärung vom 30. 10. 1943 über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Greuelthaten sowie das „**Londoner Viermächte-Abkommen vom 8.8.1945 über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Europäischen Achse mit dem dazugehörigen Statut des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg** vom gleichen Tage (IMT-Statut) zu nennen. In Art. 6 enthält das IMT-Statut konkrete Tatbestände über Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (vgl. Strafbestimmungen außerhalb des StGB der DDR, Textsammlung Berlin 1973,

S. 15). Die gleichen Tatbestände enthält auch Art. 5 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs für den *Fernen Osten* vom 19. 1. 1946. Damit wurde erstmals eine völkerrechtlich verbindliche Definition und Klassifikation der gefährlichsten völkerrechtlichen Verbrechen gegeben.

Die völkerrechtlichen Normen zur Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben nach dem IMT-Statut eine Weiterentwicklung durch die am 9.12. 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig gebilligte Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Genocid-Verbrechen) erfahren. Nach Art. 1 bestätigten die vertragschließenden Parteien, daß Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, und verpflichteten sich, ihn zu verhüten und zu bestrafen (vgl. § 91 Anm. 2).

Die Grundsätze des IMT-Statuts und des Nürnberger Urteils sind durch Beschlüsse der Vollversammlung der Vereinten Natio-

nen vom 11. 12.1946 (Deklaration 95/1) und 21. 11. 1947 (Deklaration 177/11) als allgemein anerkannte Völkerrechtsgrundsätze mit Wirkung auch für die Zukunft bestätigt worden.

Auf der Grundlage dieser völkerrechtlichen Normen wurden nach 1945 Gesetze mit dem Ziel der Bestrafung von Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit erlassen. Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 und die Direktive 38 des Alliierten Kontrollrats waren wichtige rechtliche Grundlagen zur konsequenten Verfolgung und Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrechen.

Seit Gründung der DDR bestand ein wesentliches Anliegen darin, die völkerrechtlichen Verpflichtungen und Festlegungen zur Bestrafung der Kriegs- und Nazi verbrechen konsequent zu realisieren. Das kommt insbesondere in der Präambel und den Art. 6, 8 und 91 ihrer Verfassung zum Ausdruck. Die DDR hat die aufgeführten völkerrechtlichen Abkommen schon vor ihrer Aufnahme in die UNO nachdrücklich unterstützt.

Sie dokumentierte durch Erklärungen ihrer Regierung, durch Noten und durch Schreiben des Außenministers an den Generalsekretär der UNO auch international, daß sie als souveräner Staat sich an die völkerrechtlichen Nachkriegsdokumente gebunden fühlt und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen verantwortungsbewußt nachkommt. Auf dieser Basis erfolgte eine innerstaatliche Gesetzgebung, die diesen Anforderungen des Völkerrechts vollauf entspricht.

5. Die Tatbestände des 1. Kapitels dienen dem strafrechtlichen Schutz der Souveränität der DDR, des Friedens, der Menschlichkeit und der Menschenrechte. Die Souveränität der DDR oder die Menschenrechte zu schützen ist auch Anliegen anderer Tatbestände, z. B. des 2. Kapitels oder der Bestimmungen zum Schutz der Person. Unter Berücksichtigung der internationalen Lage und angesichts aggressiv-expansionistischer und revanchistischer Handlungen imperialistischer Kräfte tragen Angriffe gegen die Souveränität der DDR friedensgefähr-